

Über Österreich, Deutschland und Europa

Vor der Wahl ist nach der Wahl

Die österreichische Zeitschrift „Arbeit & Wirtschaft“ veranstaltet am 10. Juni, 18.30 Uhr, in Wien eine Podiumsdiskussion mit Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Arbeiterkammer Wien, und Wolfgang Lieb eine Podiumsdiskussion zum Thema „Über Österreich, Deutschland und Europa. Vor der Wahl ist nach der Wahl.“ Moderation: Katharina Klee, Chefredakteurin Arbeit & Wirtschaft.
http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/130508_einladung_wien.pdf

Die Idee für mein Eingangsstatement verdanke ich dem hervorragenden Buch von Markus Marterbauer „Zahlen bitte!“ <http://www.hanser-literaturverlage.de/buecher/buch.html?isbn=978-3-552-06173-6> .

Ich habe nämlich bei der Lektüre viel über Österreich gelernt, was mir vorher unbekannt war.

Ich könnte mir vorstellen, dass Sie umgekehrt über Deutschland vielleicht auch nicht so genau Bescheid wissen.

Deshalb habe ich mir gedacht, dass ich Ihnen einfach ein wenig über die Debattenlage hinsichtlich der Wirtschafts- und Euro-Krisen-Politik in Deutschland erzähle.

Wir haben in Deutschland eine Kanzlerin, deren politisches Credo sich in einem Triptychon mit drei Heiligenbildern zusammenfassen lässt:



**Schwäbische
Hausfrau**

Inflation

Standorte

Miraflores-Altar, Rogier van der Weyden, 1450, Gemäldegalerie Berlin

(Sie dürfen die Folie jetzt nicht als Original nehmen)

Im linken Bild soll eine „**Schwäbische Hausfrau**“ angebetet werden. Diese „schwäbische Hausfrau“ ist für Angela Merkel das Vorbild für Staatskunst

Das rechte Bild zeichnet die Wirtschaft des Landes wie ein einzelnes Unternehmen, das im Wettbewerb mit anderen Ländern steht und das diese anderen „**Standorte**“ auskonkurrieren muss, damit es dem eigenen Unternehmen gut geht.

Und das mittlere Bild steht für **Inflation** als die größte Plage der Menschheit.

Die „**schwäbische Hausfrau**“ ist in Deutschland gleichbedeutend mit besonders sparsam, manche nennen es auch geizig. Sie gibt immer nur so viel aus, wie sie hat und sie lebt nicht auf Pump.

Will sagen: Angela Merkel überträgt das Denken, das für eine einzelne Familie durchaus richtig sein kann, auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik der gesamten Volkswirtschaft eines Staates.

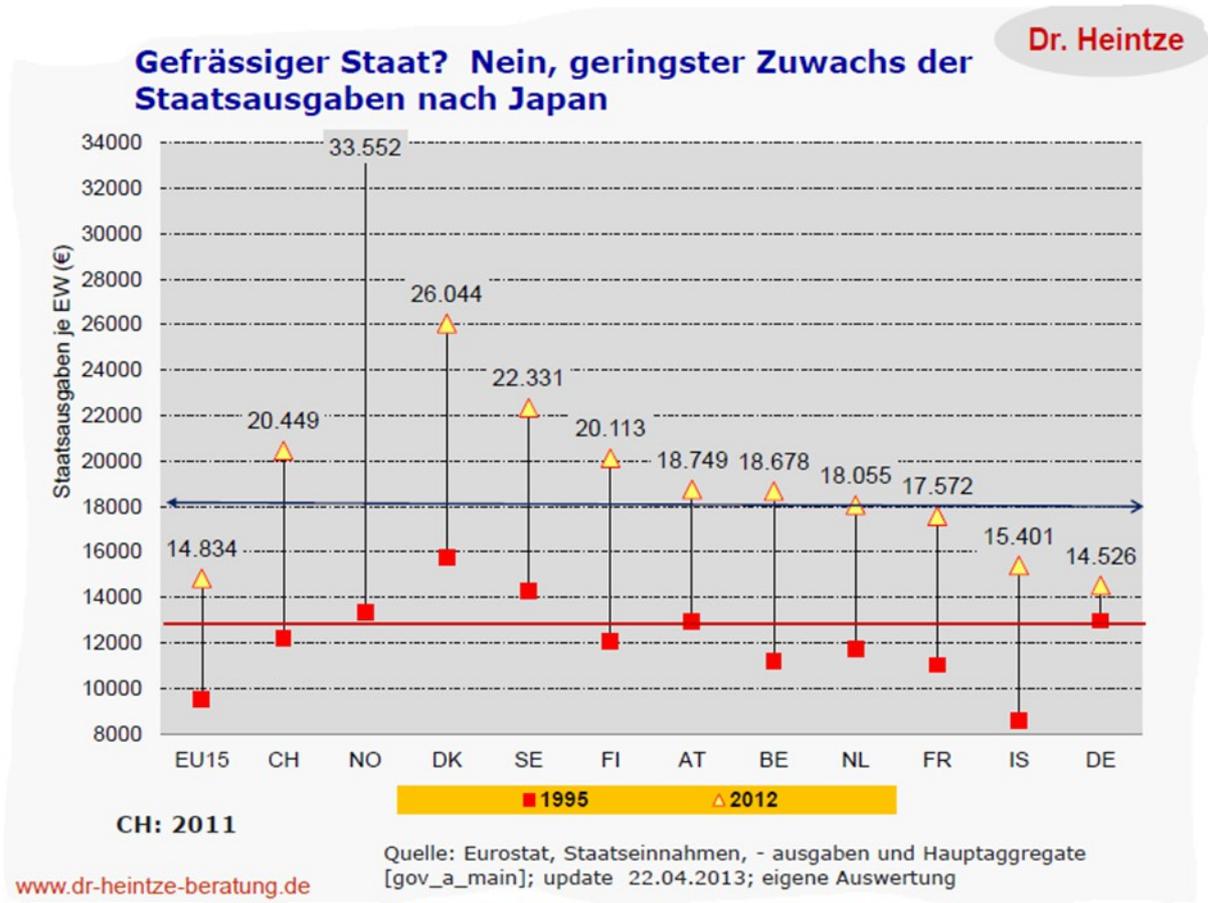
Wenn der Staat also verschuldet ist, dann ist in diesem Weltbild Sparen – wie Merkel auch ständig betont - „alternativlos“.

Dass die deutschen öffentlichen Haushalte in Deutschland insgesamt mit über 2.000 Milliarden (das sind pro Kopf über 26.000 Euro), also mit einem Anteil von über 80 Prozent gemessen am deutschen Bruttonationaleinkommen von 2.645,0 Mrd. Euro verschuldet sind, das liegt in Angela Merkels Augen daran, dass „**Wir**“ über unsere Verhältnisse gelebt hätten.

Also müssen „Wir“ eben den Gürtel enger schnallen. Wir müssen die Schulden abbauen, indem wir die zu üppigen Renten kürzen oder indem wir die Sozialleistungen so knapp wie irgendwie möglich halten. Kurz: „**Wir**“ müssen sparen, sparen und nochmals sparen.

Nun spart und spart aber die Politik in Deutschland seit Jahrzehnten.

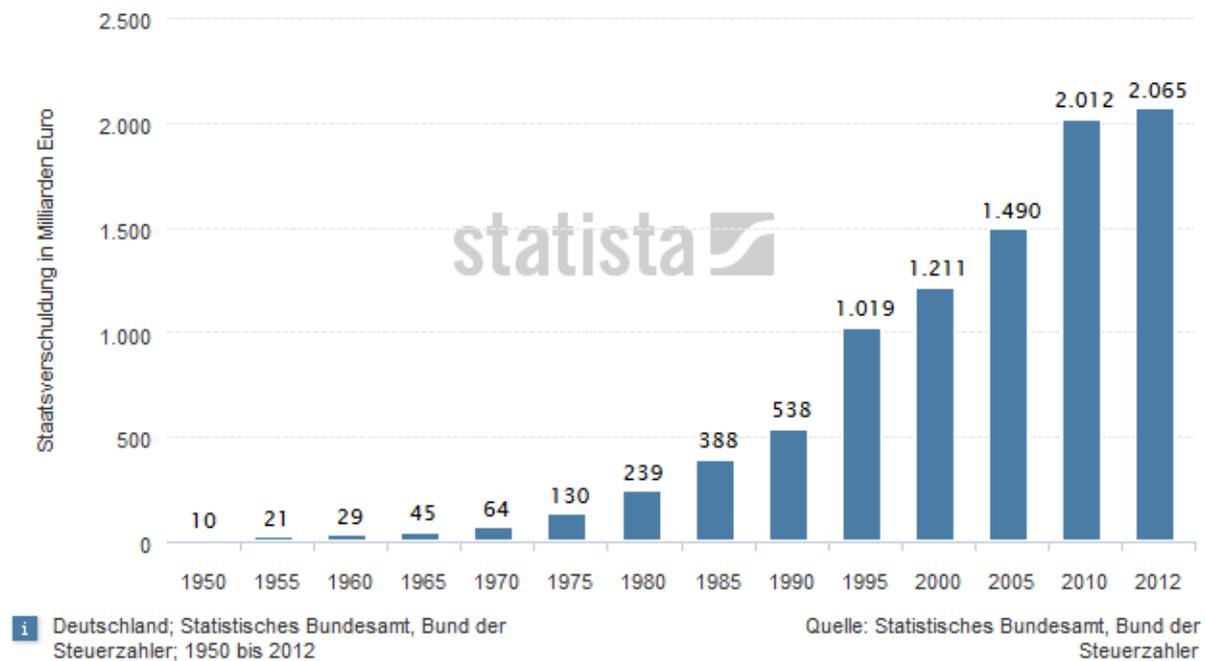
Trotzdem haben die Schulden nicht abgenommen, sondern im Gegenteil dramatisch zugenommen – und das obwohl Deutschland seit 1995 nach Japan den geringsten Zuwachs der Staatsausgaben hatte:



Quelle: Cornelia Heintze, Unterfinanzierung und kein Ende
http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/130603_cornelia_heintze_workshop_of_kongress_umverteilung_macht_gerechtigkeit.pdf

Hier die Entwicklung der Staatsverschuldung in der Zeitreihe:

Entwicklung der Staatsverschuldung von Deutschland von 1950 bis 2012 (in Milliarden Euro)



© Statista 2013

Irgendwie scheint die Gleichung „Sparabsicht gleich Sparerfolg“ nicht aufzugehen.

In einer Volkswirtschaft herrscht eben offenbar nicht die eindimensionale Kausalität eines schwäbischen Haushalts, die da lautet Sparen = Schuldenabbau, sondern es gibt einen Kreislauf: Die Ausgaben des einen sind die Einnahmen des anderen. Die Lohnkosten des Unternehmers sind die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Henry Ford: Autos kaufen keine Autos.

Das beste Sparprogramm wäre ein wirtschaftlicher Aufschwung.

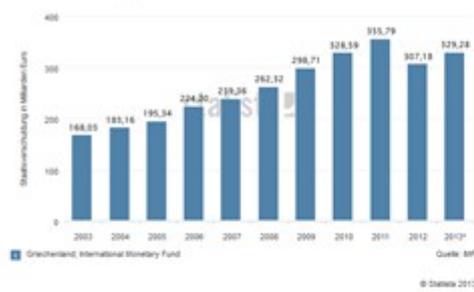
Man weiß aus der volkswirtschaftlichen Theorie und vor allem aber auch aus der Praxis, dass wenn der Staat zu Beginn oder gar mitten in einer wirtschaftlichen Krise zu sparen versucht, dass sich dann die Krise in aller Regel nur noch verschärft.

Das Ergebnis ist, der Sparerfolg bleibt aus.

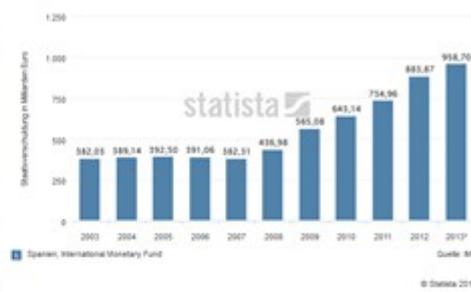
Wir erleben diese Spirale nach unten ganz aktuell in Südeuropa. Dort wird ja bis auf die Knochen gespart und die Staatsverschuldung steigt oder sie wird kaum geringer.

Schauen Sie einfach auf die Entwicklung der Staatsverschuldungen:

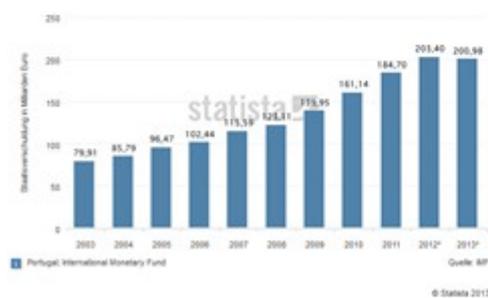
Griechenland: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013 (in Milliarden Euro)



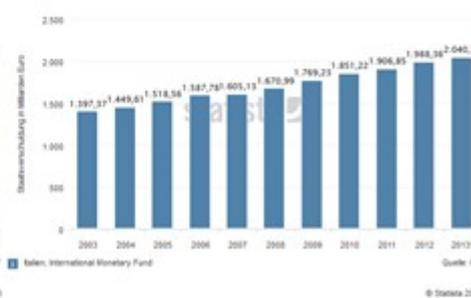
Spanien: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013 (in Milliarden Euro)



Portugal: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013 (in Milliarden Euro)



Italien: Staatsverschuldung von 2003 bis 2013 (in Milliarden Euro)



Quelle: <http://de.statista.com/>

Warum lässt sich das Sparen in einem Einzelhaushalt nicht auf eine gesamte Volkswirtschaft übertragen?

Die Antwort ist trivial: Man kann gesamtwirtschaftlich betrachtet gar nicht sparen!



Jens Berger – Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau

* Die Folien von Jens Berger habe ich auch dessen Präsentation zum Vortrag „Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau“ übernommen <http://www.nachdenkseiten.de/?p=17317>.

Dazu kann uns Joachim Becker aus dem Buchprojekt „Mythen des Sparens“ <http://www.beigewum.at/2013/05/neues-beigewum-buch-mythen-des-sparens/> sicherlich viel mehr sagen.

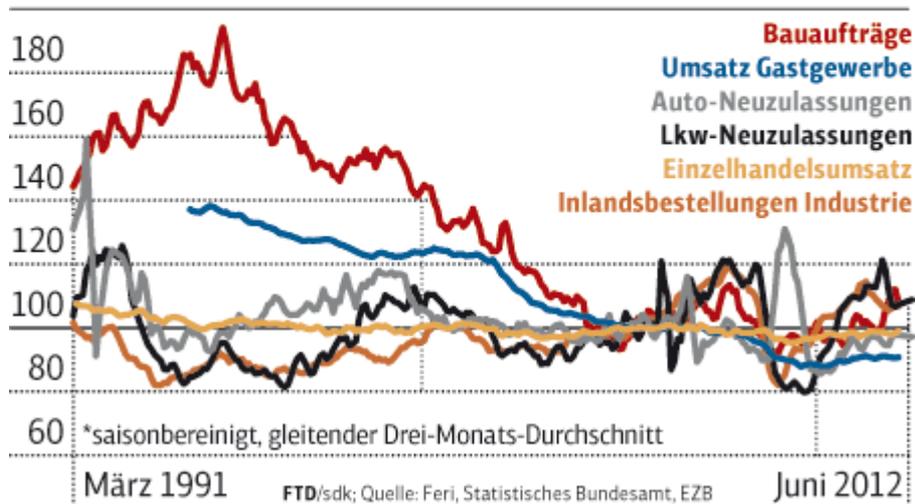
Sparen kann ein einzelnes Wirtschaftssubjekt nämlich nur, wenn sich andere Verschulden.

Wenn alle nur schwäbische Hausfrauen sind, dann fragen die Privathaushalte weniger nach, die Unternehmen, weil ihre Kunden sparen, investieren nicht mehr und nehmen keine Kredite mehr auf. Und wenn dann auch noch eine „schwäbische Hausfrau“ regiert, dann verschuldet und investiert auch der Staat nicht mehr.

In Deutschland wurde gespart. Das hatte natürlich **negative Folgen für die Nachfrage** nach Konsumgütern und auch für Investitionen im Inland.

Ernüchternd

Indikatoren für die Inlandsnachfrage, 2005 = 100, real*



<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/marktberichte/:das-kapital-maue-binnennachfrage-in-deutschland/70069584.html>

Im Saldo sparen die deutschen Privathaushalte. Das Gleiche gilt für deutsche Firmen. Und nun will selbst der Staat auf eine schwarze Null zusteuern.

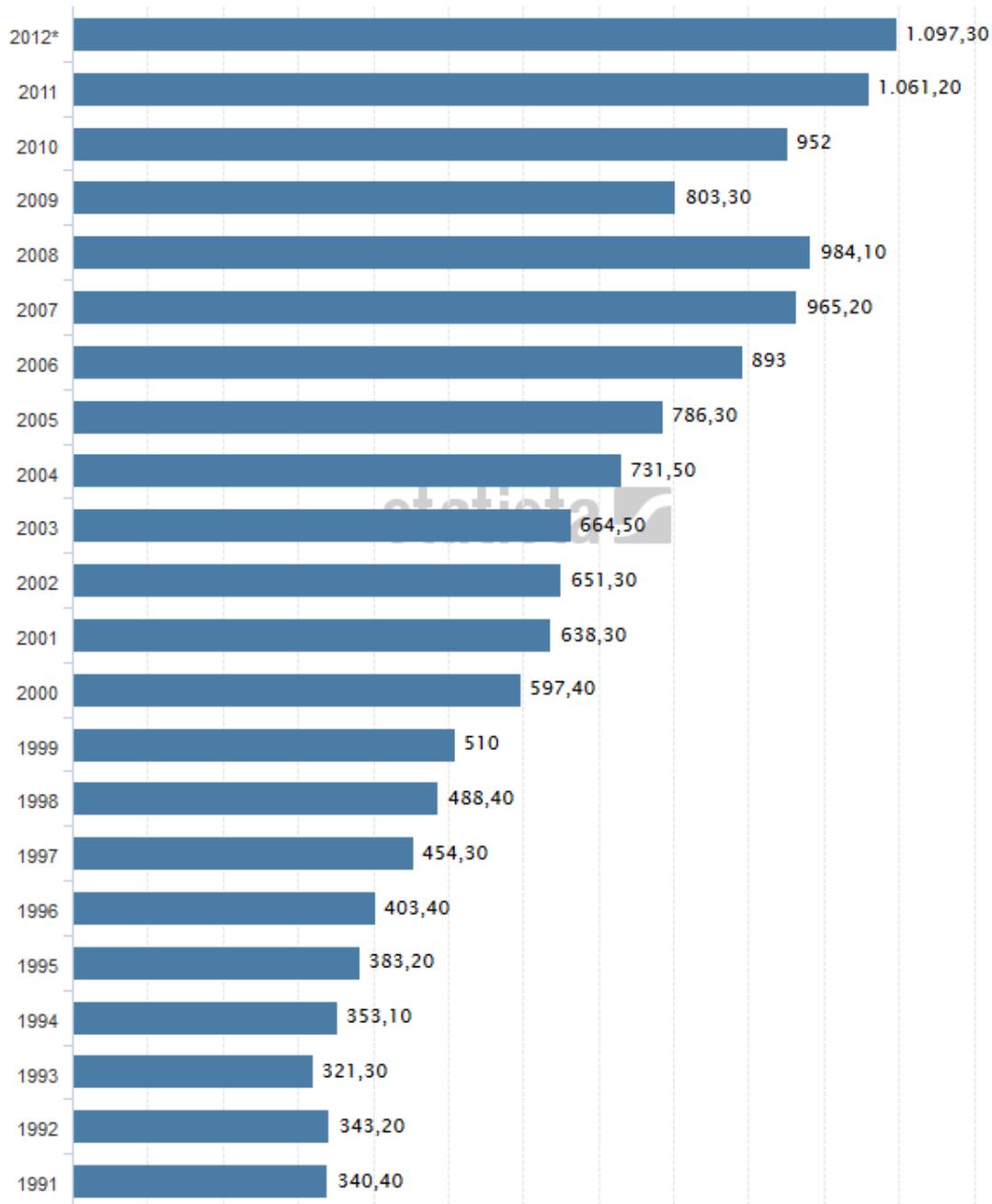
Wenn aber alle Sektoren sparen, dann bleibt dem vielen Geld bei Privaten und Unternehmen nur noch eine Adresse: nämlich das Ausland.

Man beginnt, die Schulden der anderen zu finanzieren. Das haben die Deutschen auch in der Vergangenheit in ganz großem Umfang getan. Ihr Geld hat die Hypothekenkrise in den USA befeuert und gerade auch deutsches Geld hat den europäischen Peripheriestaaten erlaubt, deutlich zu viele Kredite aufzunehmen.

Und diese letzte Ausflucht haben die Deutschen nicht nur für ihr Geld, sondern die Unternehmen auch für den Absatz der Produkte ihrer Firmen genommen.

Die deutsche Wirtschaft hat ihr Heil im Ausland gesucht:

Wert der deutschen Exporte von 1991 bis 2012 (in Milliarden Euro)



Export in Milliarden Euro

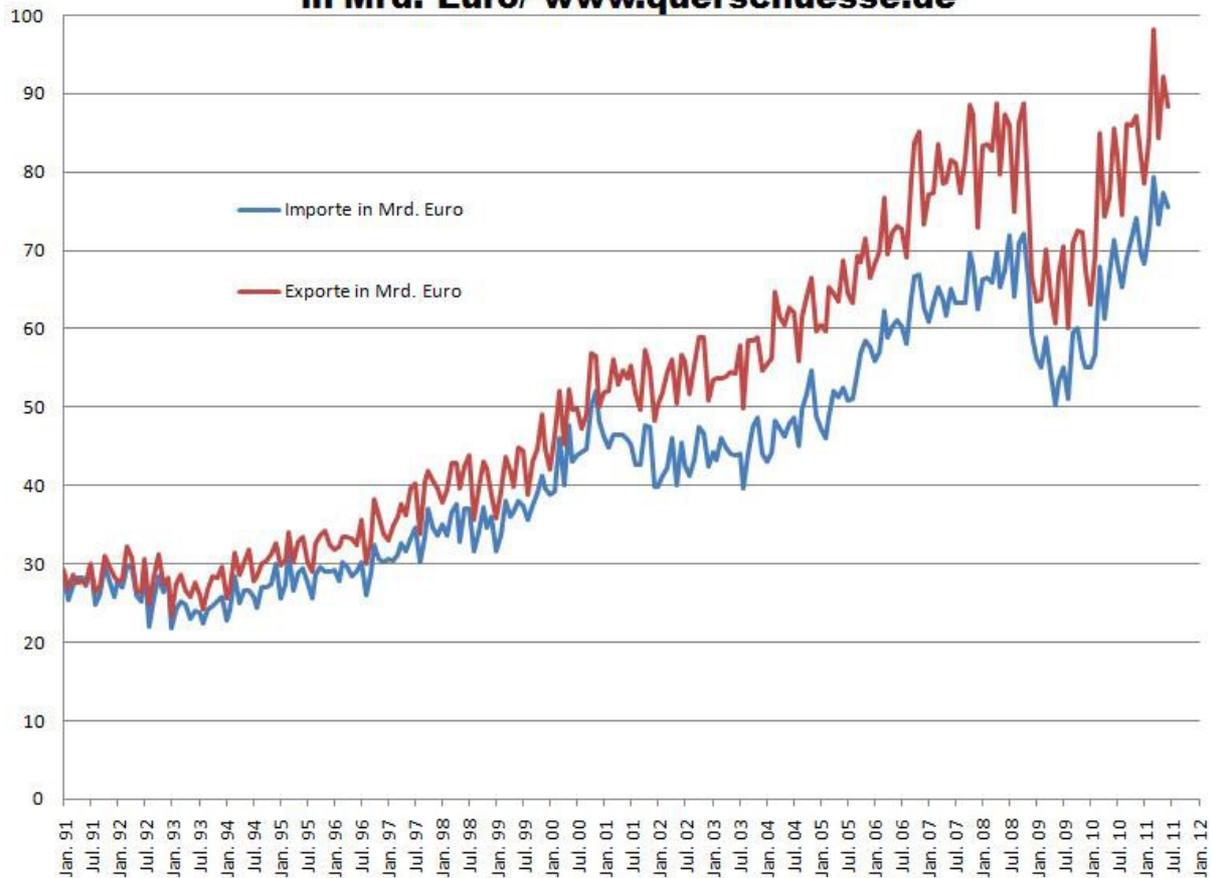
Deutschland; Statistisches Bundesamt

Quelle: Statistisches Bundesamt

Quelle: <http://de.statista.com>

Und weil die Deutschen sparen haben sie natürlich auch weniger importierte Güter gekauft als die Wirtschaft ins Ausland verkauft hat:

Monatliches deutsches Export- und Importvolumen in Mrd. Euro/ www.querschuesse.de



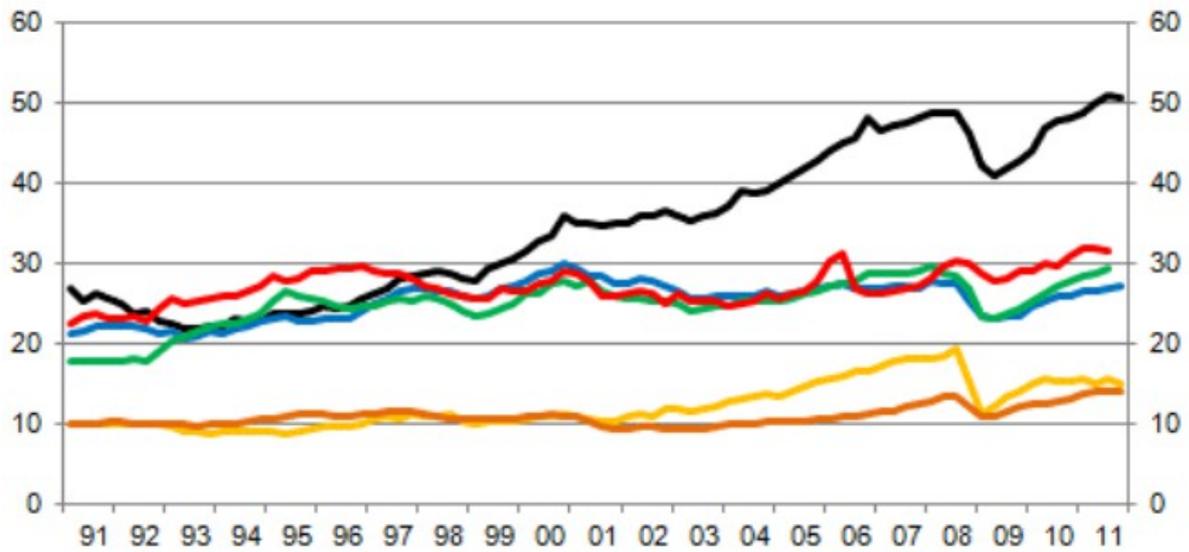
<http://www.querschuesse.de/xxl-propaganda-als-dauerschleife/1a-466/>

Die deutsche Wirtschaft hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von knapp 1,1 Billionen Euro exportiert, so viel wie nie zuvor.

In Euro umgerechnet, beträgt der deutsche Leistungsbilanzüberschuss allein im letzten Jahr 169 Milliarden Euro.

Die Wirtschaft wurde in den letzten 20 Jahren immer exportlastiger. Im vierten Quartal 1999 machten die Exporte (von Gütern und Dienstleistungen) nur etwa 30 Prozent des BIP aus, inzwischen hat sich der Anteil auf über 50 Prozent erhöht.

Exportquoten ausgewählter Industrieländer*)



*) Exporte von Waren und Dienstleistungen in Prozent des BIP

— Deutschland — Frankreich — Italien
— UK — Japan — USA

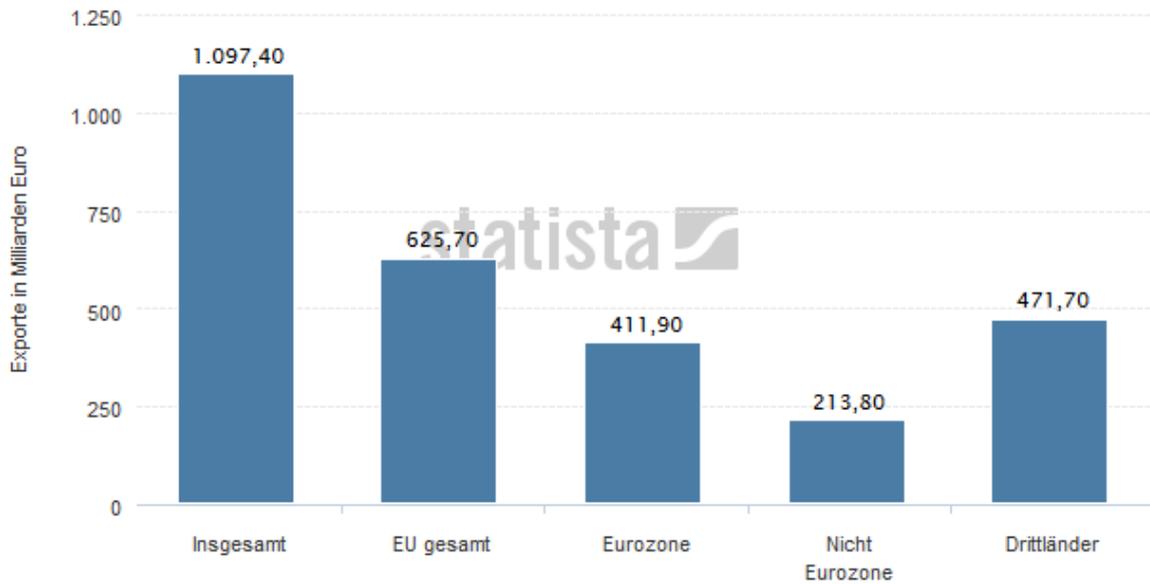
Quellen: Stat. Bundesamt, Eurostat

©UR

http://blog.zeit.de/herdentrieb/2012/02/24/deutschland-wird-immer-exportlastiger_4405

Über 40% der Exporte gingen dabei allein an die Eurozone und 60 % an die gesamte EU.

Wert der Exporte aus Deutschland nach Ländergruppen im Jahr 2012 (in Milliarden Euro)



 Deutschland; Statistisches Bundesamt

Quelle: Statistisches Bundesamt

© Statista 2013

Quelle: <http://de.statista.com>

Nun ist es aber leider simple Mathematik, dass **die Überschüsse auf der einen Seite immer exakt gleich den Defiziten auf der anderen Seite** sind.



Jens Berger – Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau

Und die deutschen Forderungen ans Ausland stiegen und stiegen.



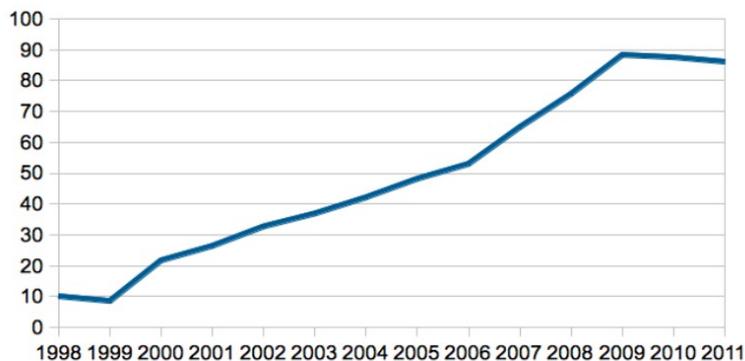
Jens Berger – Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau

Deutschland wurde zwar nicht Fußball- aber immerhin Exportweltmeister. Und in Deutschland wird gejubelt.

Deutschland hat die anderen Länder, besonders die in der Euro-Zone niederkonkurriert.

Die Verschuldung vor allem der südeuropäischen Staaten wuchs und wuchs:

Durchschnitt der Nettoauslandsschulden (Irland, Griechenland, Spanien, Italien, Portugal) Prozent des BIP



— Nettoauslandsschuldenquote – Durchschnitt über die Länder

<http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/Ursachen-der-Eurokrise.pdf>

Der Trugschluss, dass man auf Dauer immer höhere Forderungen aufbauen kann und darauf hofft, dass die Schuldner die immer höher werdenden Schulden auch zurückzahlen könnten, hat seinen Grund im zweiten Heiligenbild unserer Kanzlerin.

Sie betrachtet – wie es so schön heißt – den „Standort“ **Deutschland** wie ein einzelnes Unternehmen, das im Wettbewerb mit anderen Standorten steht. In keiner Rede eines deutschen Politikers fehlt das Wort „Wettbewerbsfähigkeit“.

Wie wurde aber das „Unternehmen“ **Deutschland** wettbewerbsfähiger als die anderen?

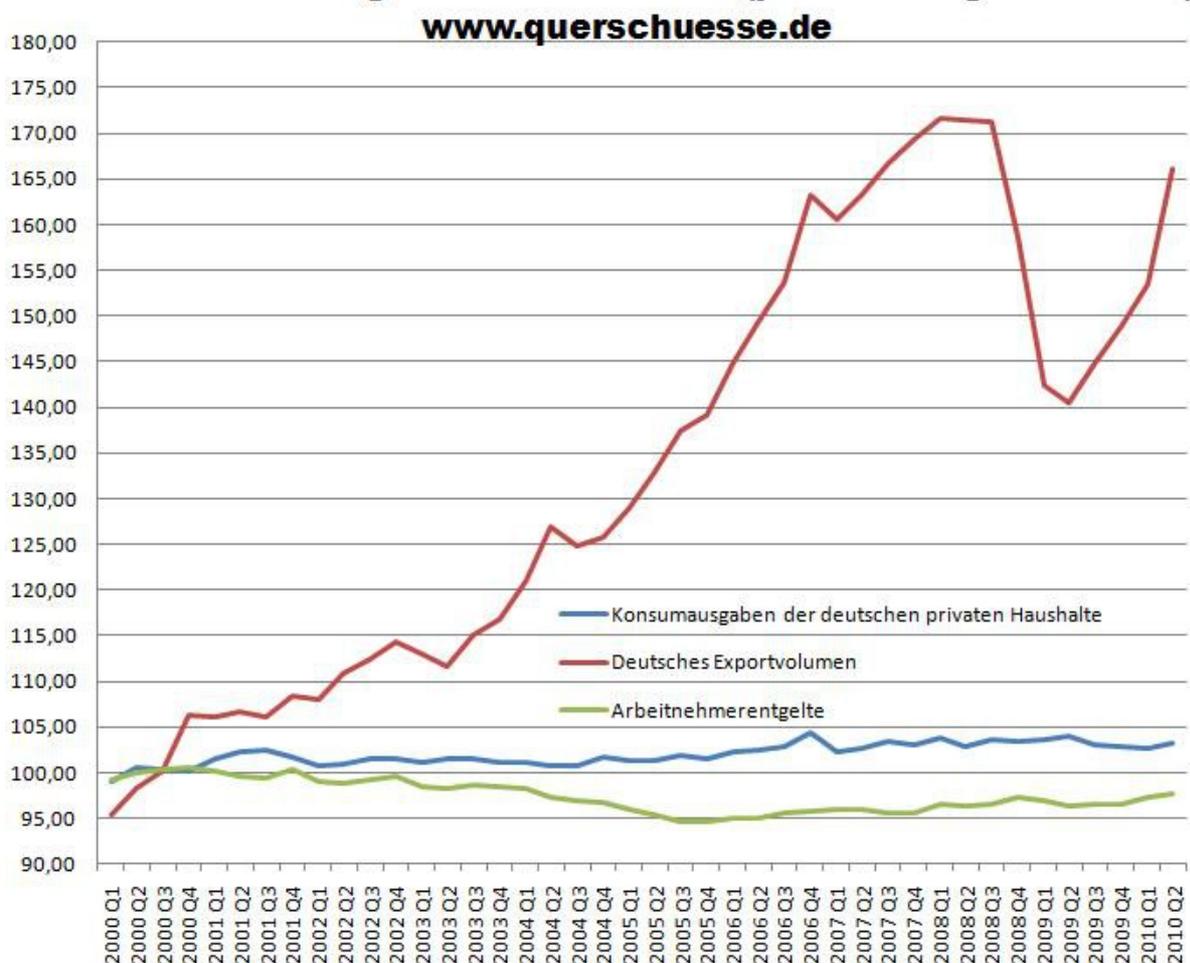
Die Politik denkt in Deutschland wie ein Betriebswirt, d.h. man muss nicht nur gute Produkte herstellen, man muss sie billiger oder – genauer gesagt - preiswerter anbieten als die Konkurrenz?

Und wenn es um die Senkung der Kosten für einen Betrieb geht, woran denkt der Betriebswirt zuerst?

Natürlich an die variablen Kosten. Betriebsintern kann man vor allem die Kosten für die Löhne und die sog. Lohnnebenkosten senken.

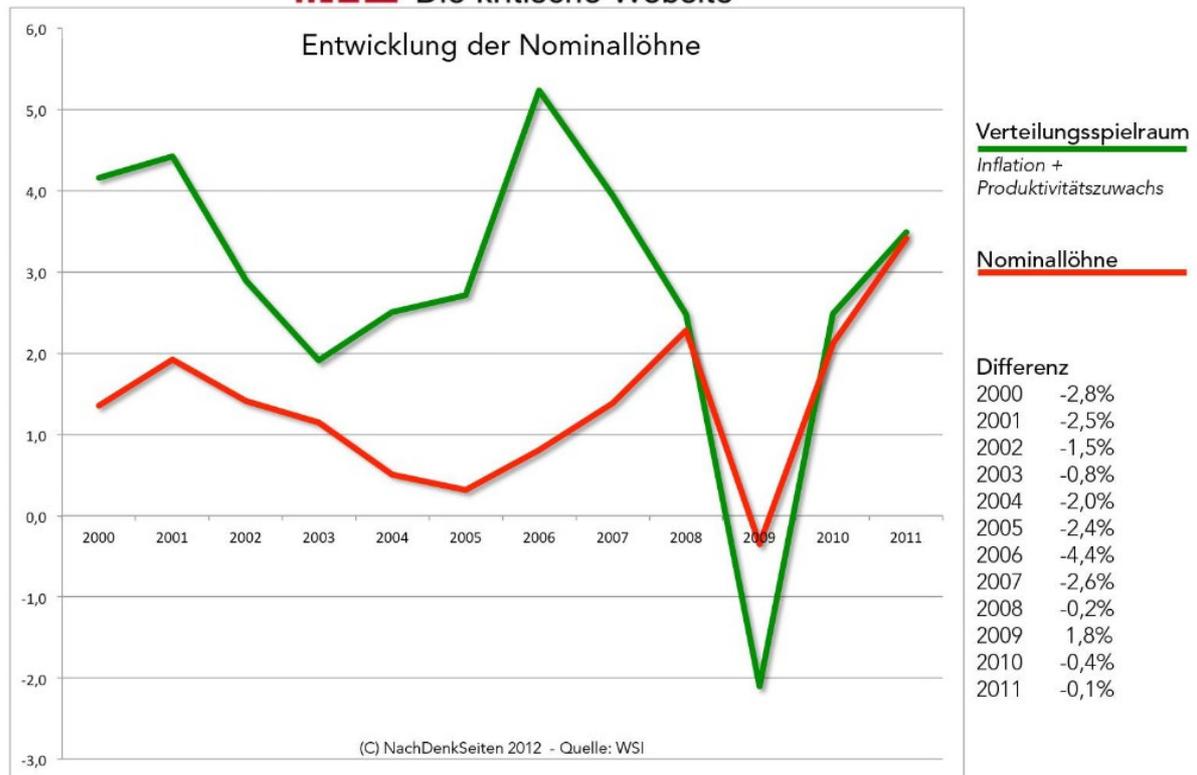
Und da hat man in Deutschland kräftig Kosten eingespart.

Konsumausgaben der privaten Haushalte, Exportvolumen und Arbeitnehmerentgelte in Deutschland (preisbereinigt 2000=100)



<http://www.querschuesse.de/fata-morgana-vollbeschäftigung/1a-179/>

Seit 20 Jahren haben die Gewerkschaften sog. „moderate Lohnabschlüsse“ hingenommen. Das heißt, der für Lohnverhandlungen angemessene Verteilungsspielraum, nämlich der Produktivitätszuwachs plus Inflation wurde nicht ausgeschöpft.



Jens Berger – Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau

Und darüber hinaus haben wir mit den Hartz-Reformen einen Mechanismus eingeführt, der zum Lohndumping führte.

Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert und so verkündete der rot-grüne Bundeskanzler Gerhard Schröder voller Stolz auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos „einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt“.

»Wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.«
Gerhard Schröder, Januar 2005



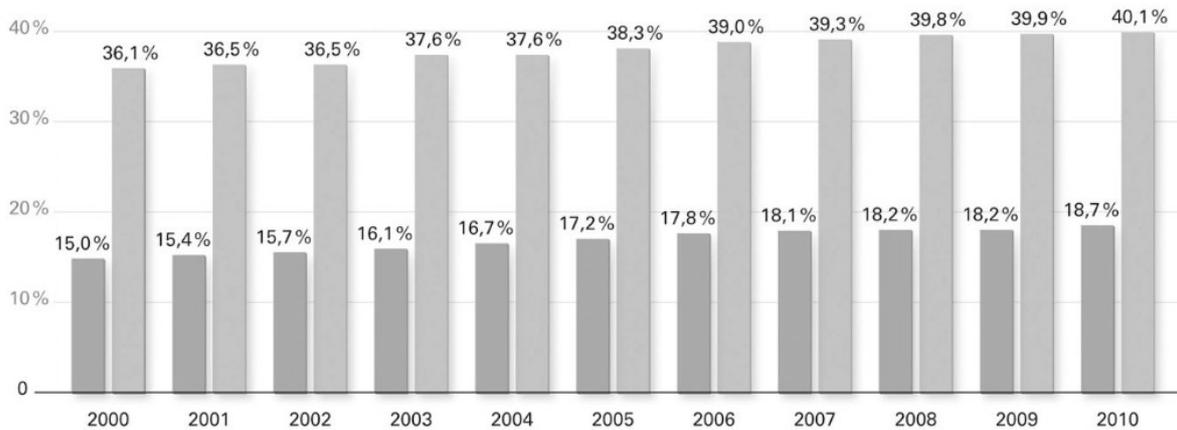
Jens Berger – Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau

Im Osten Deutschlands arbeiten über 40 % und im Westen fast jeder Fünfte im Niedriglohnsektor:

Niedriglöhne auf dem Vormarsch

Der Anteil der für Niedriglöhne arbeitenden Vollzeitbeschäftigten* betrug in

■ West- und ■ Ostdeutschland ...



* ohne Auszubildende - Niedriglohnschwelle: zwei Drittel des gesamtdeutschen Median-Stundenlohns

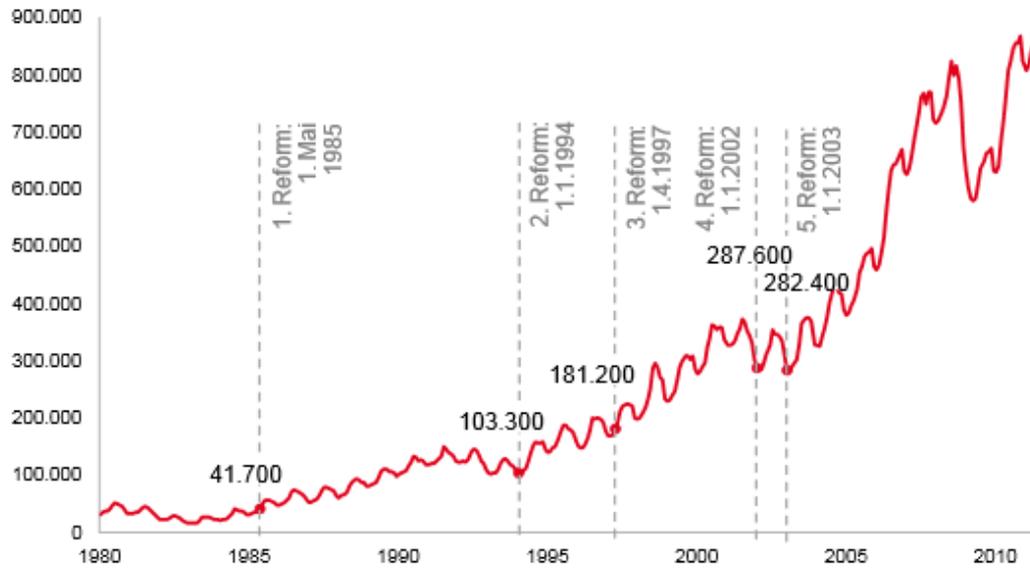
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Hans-Böckler-Stiftung 2011

Jens Berger – Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau

Die Zahl der **Leiharbeiter**, die bis zu 50 % weniger Lohn erhalten als die Stammbeschäftigten, stieg und stieg.

Zahl der Leiharbeiter hat sich in den letzten 10 Jahren mehr als verdoppelt

Entwicklung der Anzahl von Leiharbeitern und Reformen der Arbeitnehmerüberlassung
Bestand
Deutschland
1980 bis 2011



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassungsstatistik

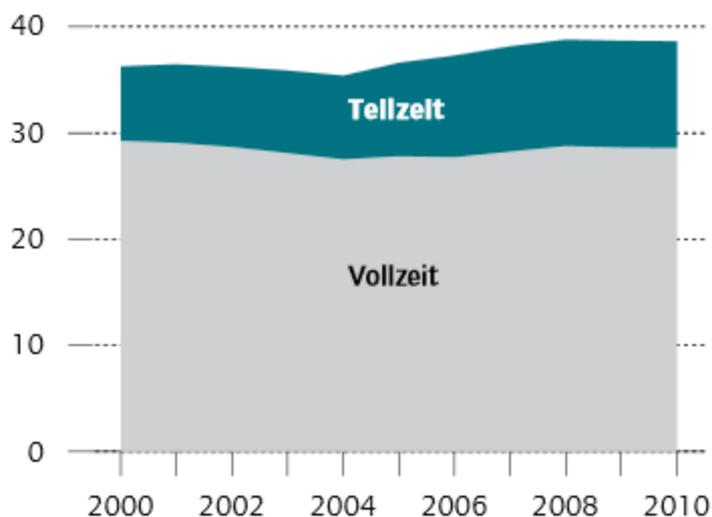
Abbildung 2

http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/120201_arbeitsmarkt-deutschland-zeitarbeit-aktuelle-entwicklung_Stand_01-2012.pdf

Unsere Bundesregierung rühmt sich zwar, dass die Zahl der Erwerbstätigen Rekordwerte erreiche. Was nicht dazu gesagt wird, das ist, dass die Steigerung vor allem durch die **Zunahme an Teilzeitarbeit** erzielt wird. Das gesamte Arbeitsvolumen hat sich nämlich im letzten Jahrzehnt kaum erhöht.

Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland

In Millionen



Quelle: Eurostat

© DIW Berlin 2011

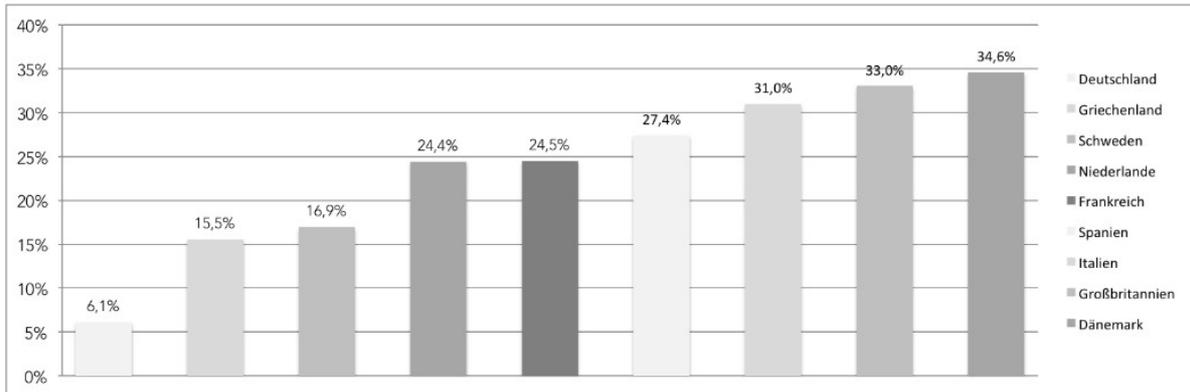
Der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt basiert auf einem Zuwachs an Teilzeitjobs.

Quelle: DIW http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.387390.de/11-42-1.pdf

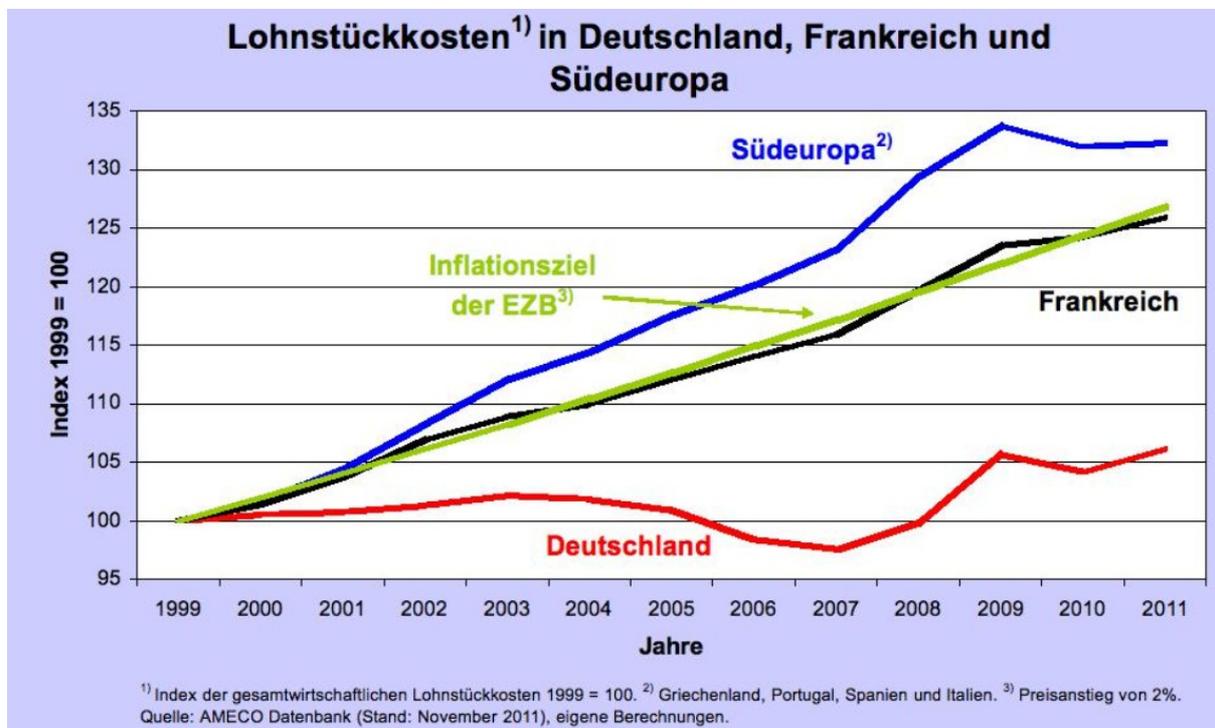
Alle diese Maßnahmen führten dazu, dass die Entwicklung der Lohnstückkosten, d.h. die Lohnkosten im Verhältnis zur Arbeitsproduktivität, weit hinter der Entwicklung unserer europäischen Nachbarländer zurückblieb.

In Deutschland stiegen die **Lohnstückkosten** - die für die Wettbewerbsfähigkeit viel entscheidender sind als die Lohnkosten - von 2001 auf 2011 um 6,1 %, in Dänemark z.B um über 34 % und in Frankreich um ein Viertel.

Entwicklung der Lohnstückkosten von 2001 bis 2011



Jens Berger – Der Staat ist keine schwäbische Hausfrau



Quelle: Flassbeck/Spiecker, Euroland: Von der Geldwertstabilität zur Deflation
http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/110207_HF+FS_Euroland_in_der_Krise.pdf

Aber Deutschland hat seine Nachbarn nicht nur über das Lohndumping auskonkurriert, hinzu kam noch geradezu ein **Unternehmens-Steuersenkungswahn**.

Allein für das Jahr 2011 hat das gewerkschaftliche Forschungsinstitut IMK 51 Milliarden errechnet, die die öffentliche Hand mehr an Steuern einnehmen würde, wenn noch die Steuergesetze von 1998 – also dem Ende der Regierungszeit Helmut Kohls – gelten würden. Man braucht sich also nicht zu wundern, dass die Staatsschulden zugenommen haben und das obwohl die Staatsausgaben gemessen am BIP in Deutschland eher zurückgegangen sind.



http://www.boeckler.de/hbs_showpicture.htm?id=37819&chunk=1

Das dritte Bild im Triptychon zeigt die in Deutschland geradezu **panische Inflationsangst**.

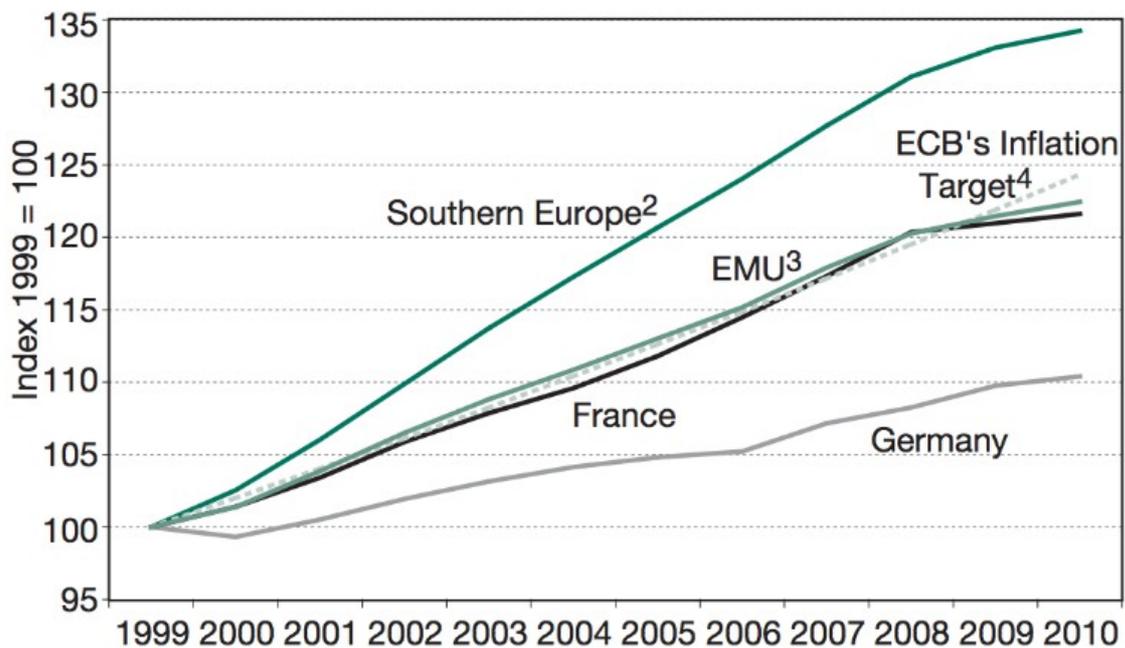
Vor allem auf Druck von deutscher Seite sollte mit Einführung des Euro die Europäische Zentralbank ausschließlich dem Ziel der Inflationsbekämpfung verpflichtet sein. Sie hat als Inflationsziel die 2-Prozent-Marke ausgegeben.

Allerdings eben nur als durchschnittliche Inflationsrate für den gesamten Euro-Raum. Doch wie immer, sagt ein Durchschnittswert nur wenig aus.

Der See war im Durchschnitt nur ein Meter tief und trotzdem ist die Kuh ertrunken, sagt das Sprichwort ja so richtig.

Es entwickelten sich im Euro-Raum ganz **unterschiedliche Inflationsraten**. Und Deutschland blieb bei der Preisentwicklung – wie sollte es bei niedrigen Löhnen und niedriger Binnennachfrage auch anders sein – weit unterhalb der EZB-Zielmarke und vor allem die südeuropäischen Länder lagen deutlich darüber.

Inflation¹ Divergence: EMU Reaches the ECB's Target Only on Average



¹ GDP deflator 1999 = 100. ² Greece, Portugal, Spain and Italy. ³ 12 EMU countries. ⁴ Yearly increase of 2%.

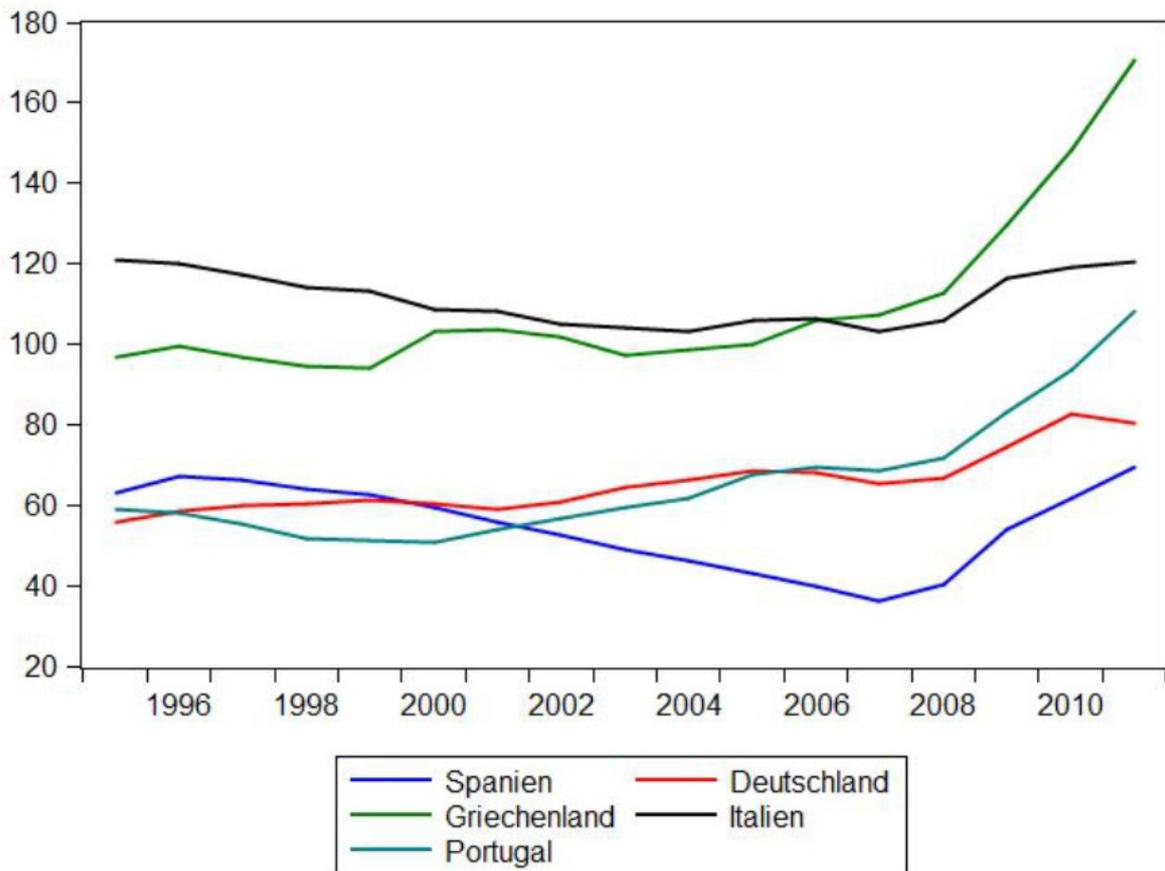
Source: AMECO database (updated May 2011); own calculations.

Quelle Flassbeck/Spiecker ACEMAXX-Analytics <http://acemaxx-analytics-dispinar.blogspot.de/2011/08/losung-der-euro-krise-via-konvergenz.html>

Fazit:

Niedrigere Lohnstückkosten und eine niedrigere Inflationsrate verschafften Deutschland gegenüber seinen Nachbarn in der Eurozone einen steigenden Wettbewerbsvorteil. Dieser drückte sich in wachsenden Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands und in steigenden Leistungsbilanzdefiziten vor allem der südeuropäischen Länder aus. Deren Verschuldung wuchs und wuchs und als diese dann noch in der Finanzkrise ihre Banken retten mussten, wurden aus der Auslandsverschuldung „Staatschuldenkrisen“

Bruttoschuld des Staates in Prozent des BIP



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

<http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/Ursachen-der-Eurokrise.pdf>

Ohne Zweifel gibt es in den südeuropäischen Ländern große Probleme und es wurden schwere Fehler gemacht. In Griechenland und in Italien z.B. gibt es einen schlimmen Klientilismus und geradezu eine Volkskrankheit der Steuerhinterziehung.

Aber alle diese Probleme und Fehler sind nicht die Hauptursachen der Euro-Krise.

Wenn das wirtschaftlich stärkste Land in einer Währungszone mit aller Gewalt seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert, gegen die zentrale gemeinsam vereinbarte Regel zur Inflationskonvergenz verstößt und wenn es dazuhin durch Lohn- und Steuerdumping die anderen Länder wirtschaftlich an die Wand drängt, dann das in einem einheitlichen Währungsraum – ohne Ausgleichsmechanismen - auf Dauer nicht gut gehen. (Heiner Flassbeck)

Der einzige Weg, nämlich durch Abwertung der eigenen Währung sich die erdrückende Konkurrenz einigermaßen vom Leib zu halten ist in der Eurozone verschlossen.

Solange diese strukturellen Ursachen für Euro-Währungs-Krise nicht angegangen werden, sind alle bisherigen Lösungsvorschläge nur ein Kurieren an Symptomen. Die Fokussierung auf fiskalische Probleme („Staatsschuldenkrise“) und die Rettung des Bankensystems (Banken-Rettungsschirme) verhindert eine zielgerichtete Therapie.

Bis auf die Partei die LINKE treten in Deutschland alle Parteien und schon gar die Regierung dafür ein, dass die anderen europäischen Länder am deutschen finanz- und wirtschaftspolitischen Wesen genesen sollen.

Und sie haben dabei die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit bei uns im Lande.

Das ist nicht verwunderlich, denn gerade die deutschen Arbeitnehmer, die über zwei Jahrzehnte Lohn- und Sozialabbau hingenommen haben, sehen nicht ein, dass sie nun auch noch für die Rettung der anderen Länder noch ein zweites Mal zur Kasse gebeten werden sollen.

Der den anderen Ländern oktroyierte rigide Austeritätskurs, der die südeuropäischen Länder quasi zu Generalgouvernements der Troika macht, führt erkennbar zu Wirtschaftskrisen, deren negative Folgen für die Lebensverhältnisse der Menschen katastrophal sind und der das friedliche Zusammenleben der Bürger in Europa für Jahrzehnte belasten wird. Er stellt darüber hinaus die demokratischen Systeme in Frage.